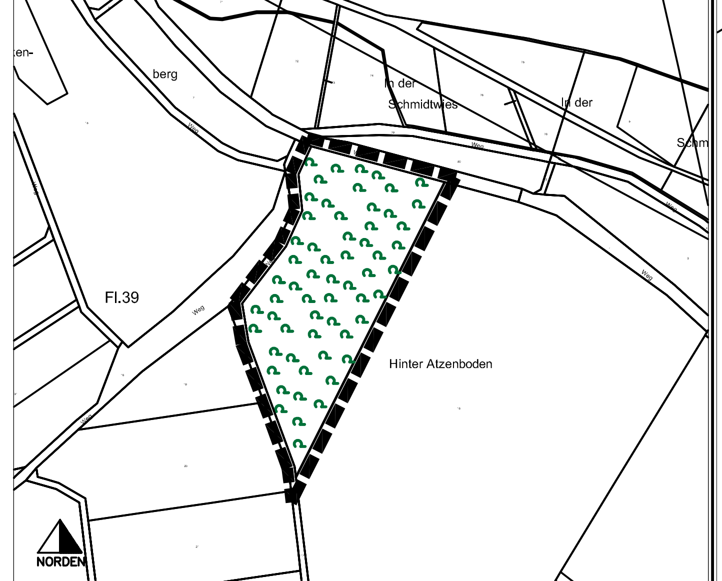
Zuordnung externer Flächen und Massnahmen zur Kompensation der vorbereiteten Eingriffe (§1a BauGB)

Gemeinde Hünstetten Gemarkung Strinz Trinitatis, Südlich Heckenberg Flur 39, Flurstück 18 tw. 8.770 m²

Maßstab: 1 : 4000

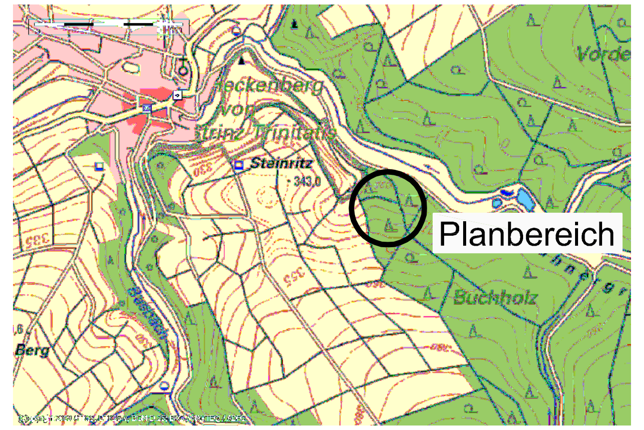


Maßnahmen

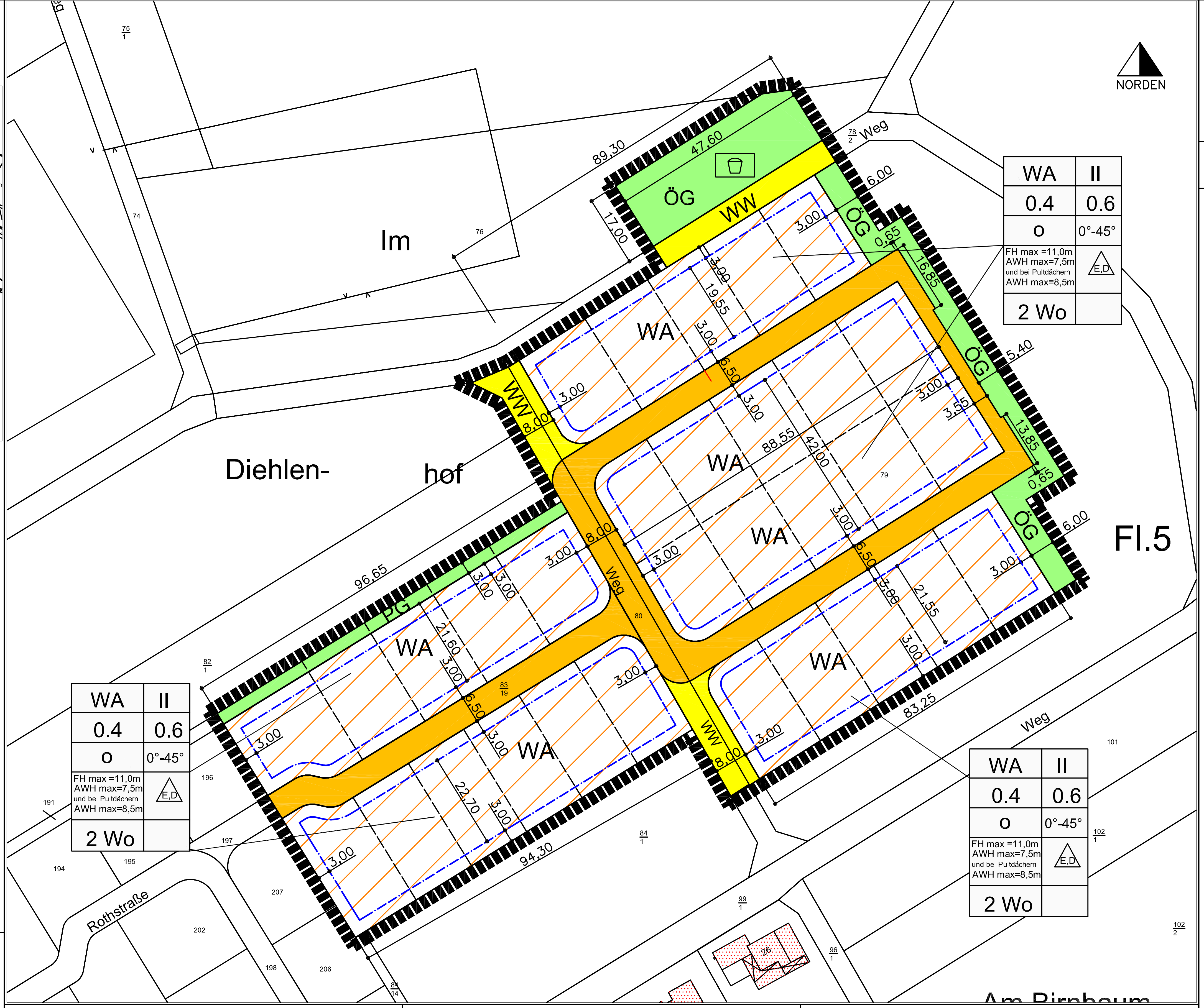
Waldumbau
Ausrieb von Nadelgehölzen und Aufbau eines standortgerechten Laubwaldes.
Fachliche Ausführung obliegt dem zuständigen Forstamt.

zugeordnete Ausgleichsfläche
Insgesamt 8.770 m² Anteil des Flurstückes 18 in der Flur 39, Gemarkung Strinz-Trinitatis

Übersichtsplan ohne Maßstab



Flächendisposition (ca. Angaben)	
Gesamtfläche	= 18.925 m²
Baufläche WA	=13.800m²
bebaubar gem. GRZ 0,4	= 5.520 m²
Freifläche	= 8.280 m²
davon Zufahrten, Stellplätze etc. max. 2.760 m²	
davon Freifläche min. 5.520 m²	
Baugrundstücke 31	
Verkehrsfläche	= 3.290 m²
Straße Planung	= 2.525 m²
Wirtschaftsweg	= .765 m²
Grünfläche	= 1.835 m²
private Grünfläche	= .290 m²
öffentliche Grünfläche	= .745 m²
Spielplatz	= .800 m²



ZEICHENERKLÄRUNG

Bestand

z.B.: *Fl. 5* — Flurnummer
z.B.: *79* — Flurstücksnummer
Flurstücksgrenze
Bauliche Anlage

Hinweis

Parzellierungsvorschlag

Festsetzungen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches [§ 9 (7) BauGB]
Baugrenze [§ 23 (1) und (3) BauNVO]

WA	II	Art der baulichen Nutzung	Zahl der Vollgeschosse [§§ 16, 17 und 20 BauNVO]
0.4	0.6	Grundflächenzahl [§§ 16, 17 und 19 BauNVO]	Geschoßflächenzahl [§§ 16, 17 und 20 BauNVO]
o	0°-45°	Bauweise [§ 22 (2) BauNVO]	Dachneigung
FH max =11,0m AWH max=7,5m und bei Pultdächern AWH max=8,5m	E,D	Höchstgrenze der Firsthöhe Höchstgrenze der Außenwandhöhe [§16 (2) 4 und §18 (1) BauNVO]	Einzel- und Doppelhäuser zulässig [§9 (1) 2 BauNVO] i.V.m. § 22 BauNVO]
2 Wo		Beschränkung der Zahl der Wohnungen [§ 9 (1) 6 BauGB]	

WA — Allgemeines Wohngebiet [§ 4 BauNVO]

Verkehrsfläche [§ 9 (1) 11 BauGB]

WW — Verkehrsfläche [§ 9 (1) 11 BauGB] besonderer Zweckbestimmung hier: Wirtschaftsweg

Grünfläche [§ 9 (1) 15 BauGB]

PG — hier: private Grünfläche
ÖG — hier: öffentliche Grünfläche
hier: Spielplatz

Gemeinde Hünstetten Ortsteil Görsroth
Bebauungsplan
MIT INTEGRIERTEM LANDSCHAFTSPLANERISCHEM FACHBEITRAG
Für das Gebiet "Diehlenhof/In der Habichtshöll" Abschnitt I

BESTANDTEIL DES BEBAUUNGSPLANES SIND NEBEN DER ZEICHNUNG FOLGENDE TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN gem. § 9 (1) BauGB

1. Art, Maß und Weise der baulichen Nutzung § 9 (1), Nr. 1 und 2 BauGB

Nutzungsschablone

Art der baulichen Nutzung	Maß der baulichen Nutzung § 16 BauNVO				
	§ 19	§ 20	§20		
Zulässige Nutzungen gemäß BauNVO in der Fassung vom 23.01.1990	Grundflächenzahl	Geschoßflächenzahl	Zahl der Vollgeschosse	Bauweise § 9 (1) 2 BauGB i. V. m. § 22 (4) BauNVO	
	GRZ	GFZ	Z		Nutzungseinschränkungen, zulässige Nutzungen
WA Allgemeines Wohngebiet § 4 BauNVO	0,4	0,6	II	o (offen)	Die nach § 4 Abs. 3 BauNVO Nr. 1–5 ausnahmsweise zulässigen Nutzungen (Beherbergungsgewerbe, nicht störendes Gewerbe, Verwaltungen, Gartenbetriebe, Tankstellen) sind insgesamt ausgeschlossen. Bauschlossereien,Maschinen–bauwerkstätten Schreinereien, Zimmereien, Kfz–Reparatur–werkstätten, Lackierereien und Stanzereien werden nach § 1 Abs. 9 i.V.m. Abs. 5 BauNVO ausgeschlossen.

2. Zulässig sind ausschließlich Einzel– und Doppelhäuser [§ 9 (1) Nr. 2 i. V. m. § 22 (2) BauNVO]

3. Das Mindestmaß eines Baugrundstückes beträgt im allgemeinen Wohn–gebiet 400 m² bei Einzelhausbebauung und 320m² bei Doppelhausbe–bauung. Es dürfen pro Grundstück max. 2 Wohnungen errichtet werden.

4. Höhenlage der baulichen Anlage [§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i. V. m. § 16 (2) 4 BauNVO und § 18 (1) BauNVO]

Es gelten die nachfolgenden Höhenbeschränkungen:

– maximal zulässige Firsthöhe — FHmax = 11,00m
– maximal zulässige Außenwandhöhe Gesamthöhe bei Flachdächern — AWHmax = 7,50m
– maximal zulässige Außenwandhöhe bei Pultdächern — AWHmax = 8,50m

Definition und Ermittlung von Außenwand– und Firsthöhen

Als maximal zulässige Außenwandhöhe AWH gilt das Maß vom Höhenbezugspunkt bis zur Schnittkante der Außenwand mit der Dachhaut.

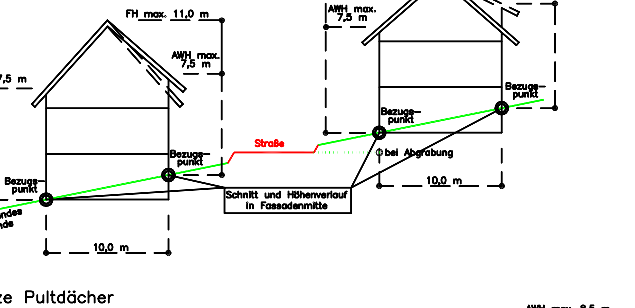
Als maximal zulässige Firsthöhe FH gilt das Maß vom Höhenbezugspunkt bis zum oberen Abschluss des Daches. Schornsteine und Antennen bleiben hier–bei unberücksichtigt.

Höhenbezugspunkt für die maximale Firsthöhe ist der Schnittpunkt der straßenseitigen Außenwand des Gebäudes – in der Mitte der Fassade – mit dem natürlichen Gelände.

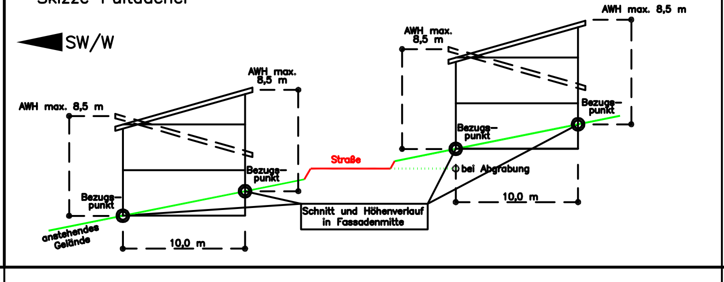
Höhenbezugspunkt für die maximale Außenwandhöhe ist der Schnittpunkt der Außen–wand des Gebäudes – in der Mitte der Fassade – mit dem natürlichen Gelände.

Talseitige Abgrabungen können zugelassen werden. In diesem Fall ist der oben definierte Höhenbezugspunkt am geplanten Gelände zu bemessen (geplantes Gelände = natürliches Gelände – Abgrabung).

Skizze Satteldächer



Skizze Pultdächer



5. Überbaubare Grundstücksfläche (§ 23 BauNVO)

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen festgesetzt.

6. Nebenanlagen (§§ 14 und 23 BauNVO)

Einfriedungen, Stützmauern, Garagen, Carports und Stellplätze sowie Gartenterrassen und sonstigen Garteneinrichtungen wie Trockenmauern, Gartenhäuser etc. sind auch in den nicht überbaubaren Flächen zulässig.

7. Festsetzungen für den engeren Geltungsbereich gem. § 9 (1) Nr. 15, 25 a. und b. und 20 BauGB

7.1. Umfang und Grad der Versiegelung der nicht durch Gebäude überstellten Grundstücksfläche (§ 9(1) Nr. 20 BauGB)

Die Grundstückszufahrten und – zuwege sowie Stellplätze sind als teilversiegelte Oberflächenbefestigungen (z. B. Dränfugenpflaster, Rasengittersteine, Rasenziegel o. ä. oder mit einer seitlichen Entwässerung in gärtnerisch angelegte Grundstücksfreiflächen mit Versickerung über die belebte Bodenzone zulässig.

7.2. Nicht versiegelte Grundstücksflächen (§9(1) Nr. 25a BauGB)

Die nicht versiegelten Grundstücksflächen sind gärtnerisch oder naturnah (ohne gärtnerische Nutzung oder Pflege) anzulegen.

7.3. Pflanzgebote und Pflanzbindungen und Pflanzerhaltung einschließlich Maßnahmen zur Entwicklung und Erhaltung (§9(1) Nr. 25a+b BauGB)

Auf mindestens 10 % der Grundstücksfreifläche sind standorttypische Gehölze anzupflanzen. Je angefangener 300 m² Grundstücksfläche ist ein großkroniger standortheimischer Laubbaum zu pflanzen.

7.4. Grünflächen (§9(1) Nr. 15 BauGB)

a. zur Ortsrandeingrünung ist eine private Grünfläche (PG) und eine öffentliche Grünfläche (ÖG) mit Anpflanzungsgebot festgesetzt. Hier ist je laufende 10 m Länge ein großkroniger Laubbaum oder hochstämmiger Obstbaum und pro 3 m² mindestens ein Strauch zu pflanzen.

b. Die Anpflanzung von Bäumen und Sträuchern hat nach Maßgabe der Artenver–wendungsliste des Bebauungsplanes zu erfolgen. Alle neu zu pflanzenden Gehölze sind dauerhaft zu unterhalten und bei Abgang zu ersetzen.

c. Es ist ein öffentliche Grünfläche (ÖG) als Spielplatz ausgewiesen. Konkrete Anpflanzungsfestsetzungen werden hier nicht getroffen. Es sind ausschließlich ungiftige Pflanzen zu verwenden.

Artenverwendungsliste für Be–, Durch– und Eingrünung

ARTENLISTE STANDORTGERECHTER HEIMISCHER GEHÖLZE

für die Bepflanzungsfestsetzungen
Bodenansprüche: trocken = tro; frisch = fr, Feucht = fe

a) GROSSE BÄUME (> 25 m)

Acer platanoides	– Spitzahorn	tro fr fe
Acer pseudoplatanus	– Bergahorn	fr
Fagus sylvatica	– Buche	fr
Fraxinus excelsior	– Esche	tro fr fe
Quercus petraea	– Traubeneiche	tro fr
Quercus robur	– Stieleiche	fr fe
Tilia cordata	– Winterlinde	fr

b) MITTLERE BÄUME (10–25 m)

Carpinus betulus	– Hainbuche	tro fr fe
Prunus avium	– Vogelkirsche	fr

c) KLEINE BÄUME (< 10 m)

Acer campestre	– Feldahorn	tro fr
Sorbus aucuparia	– Eberesche	tro fr

d) OBSTGEHÖLZE

Äpfel
Erbacher Mostapfel
Haugapfel
Gelber Edel
Rote Sternrenette
Landsberger Renette
Brettacher
Ontario
Schöner aus Boskoop
Oldenburger
Rheinischer Winterrambour
Rheinischer Bohnapfel
Jakob Fischer
Jakob Lebel
Roter Boskoop
Kaiser Wilhelm
Prinz Albrecht
Speierling

Pflaumen
Wangenheims Frühzwetsche
Schönberger Zwetsche
Hauszwetsche

Süßkirschen
Kassins Frühe
Schneiders Späte Knorpelkirsche
Dönissens Gelbe Knorpelkirsche

Birnen
Pastorenbirne
Gräfin von Paris
Köstliche von Cherneu
Gellerts Butterbirne
Nordhäuser Winterforelle
Gute Graue
Oberösterreichische Weinbirne
Stuttgarter Geißhirtle
Philippsbirne
Williams Christbirne

e) GROSSE STRÄUCHER (> 7 m)

Corylus avellana	– Hasel	tro fr fe
Crataegus laevigata	– Weißdorn (zweigrifflig)	tro fr
Crataegus monogyna	– Weißdorn (eingrifflig)	tro fr
Salix caprea	– Salweide	fr
Sambucus nigra	– Schwarzer Holunder	fe
Sambucus racemosa	– Traubenholunder	tro fe

f) MITTLERE STRÄUCHER (1,5 – 7 m)

Cornus sanguinea	– Hartriegel	tro fr fe
Euonymus europaeus	– Pfaffenhütchen	fr
Lonicera xylosteum	– Heckenkirsche	fr
Prunus spinosa	– Schwarzdorn	tro fr
Rosa canina	– Hundsrose	tro fr
Rosa pimpinellifolia	– Bibernellrose	tro fr
Viburnum lantana	– Wolliger Schneeball	tro fr

g) KLEINE STRÄUCHER (< 1,5 m)

Rubus caesius	– Kratzbeere	
Rubus fructicosus	– Brombeere	tro fr
Rubus ideus	– Himbeere	tro fr

h) BODENDECKER

Hedera helix	– Efeu	fr
Vinca minor	– Kleines Immergrün	fr

i) SCHLINGPFLANZEN

Clematis vitalba	– Waldrebe	fr
Hedera helix	– Efeu	fr
Lonicera periclymenum	– Wald–Geißblatt	fr

7.5. Solarenergieanlagen

Solarenergieanlagen (solarthermische und photovoltaische Anlagen) sind zugelassen.

B. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN nach § 9 (4) BauGB i. V. m. § 81 HBO

1. Bauform

1.1. Dächer
- Es sind Flach–, Pult–, Sattel–, Walm–, Zelt–, oder Krüppelwalmdächer mit einer Neigung von 0° – 45° zulässig.
- Dachgauben und Zwerchhäuser sind zulässig.
- Dachflächenfenster dürfen in ihrer Summe max. 1/3 der Trauflänge der zugehörigen Dachfläche betragen.

1.2. Fassaden
Unzulässig sind Fassadenverkleidungen aus Kunststoff sowie glänzende und reflektierende Materialien.

2. Gestaltung der Grundstücksflächen

Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung zulässig. Ihre max. Größe wird auf 0,5 m² begrenzt.
Gebäudeteile unterhalb Oberkante Rohfußboden Kellergeschoss (Fundamente) sind Niveaugleich mit Boden anzudecken.

3. Garagen und Stellplätze

Abweichend von Anlage 1 zur Stellplatzsatzung der Gemeinde Hünstetten vom 16.11.1995 wird im Geltungsbereich des Bebauungsplanes festgesetzt, dass je Wohnung eine Mindestzahl von 2 Stellplätzen erforderlich ist. Diese sind auf der zugehörigen Baugrundstücksfläche nachzuweisen.

C. AUFNAHME DER INHALTE DES HESSISCHEN WASSERGESETZES gem. § 9 (1) 20 i.V.m. § 9 (1) 14 BauGB

Zur Sicherung des Wasserhaushaltes und einer rationellen Verwendung des Wassers und zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Abwasserbehandlungsanlagen und zur Verringerung von Überschwemmungsgefahren, muss von Dachflächen abfließendes und sonst auf dem Grundstück anfallendes Niederschlagswasser gesammelt, verwendet oder zur Versickerung gebracht werden.

Zur Berücksichtigung oben genannten Landesregelung wird die Regenwassernutzung wie folgt festgelegt:

1. Das anfallende Niederschlagswasser der Dachflächen (einschließlich Dacheinschnitte) muss über ein getrenntes Leitungsnetz in, auf den Grundstücken zu errichtenden Zisternen geleitet werden.

2. Die wasserundurchlässigen Zisternen müssen über einen Überlauf an die örtlichen Kanalisation angeschlossen werden, alternativ kann das überschüssige Wasser aus den Zisternen auf dem Grundstück versickert werden. Voraussetzung ist eine entsprechende Untergrundbeschaffenheit (der Nachweis ist zu erbringen). Es ist außerdem zu beachten, dass der Flurabstand zu höchsten natürlichen Grundwasserstand mindestens 1,50 m betragen muss und dass Niederschlags–wasser nicht schädlich verunreinigt ist. Die entsprechenden Bedingungen des Wasserhaushaltsgesetzes bzw. des Hessischen Wassergesetzes sind zu beachten. Die Art der Versickerung ist im Bauantrag nachzuweisen.

3. Das Rückhaltefassungsvermögen der Zisternen muss mindestens 30l/m² horizontal projizierter Dachfläche, jedoch mindestens 3,0m³ betragen. Die Entnahme von Brauchwasser (z.B. zur Gartenbewässerung, Toilettenspülung etc.) ist zulässig und erwünscht:

D. SONSTIGE VORSCHRIFTEN, HINWEISE, EMPFEHLUNGEN NACHRICHTLICHE ÜBERNAHME

1. Denkmalschutz [§ 20(3) HDSchG]
Bei Erdarbeiten können jederzeit Bodendenkmäler wie Mauern, Steinsetzungen Bodenverfärbungen und Fundgegenstände, z.B. Scherben, Steingeräte, Skelettreste entdeckt werden. Diese sind nach § 20 HDSchG unverzüglich dem Landesamt für Denkmalpflege, Archäologische Denkmalpflege, oder der Unteren Denkmalschutzbehörde zu melden; Funde und Fundstellen sind in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise bis zu einer Entscheidung zu schützen.

2. Verlegung von Leitungen
Bei Planung und Durchführung von unterirdischen Ver– und Entsor–gungsleitungen sind zu geplanten Baumstandorten die Mindestabstände und Vorschriften gemäß DVGW–Regelwerk zu beachten.

3. Abfallwirtschaft
Um das Abfallaufkommen zu reduzieren, wird für das gesamte Baugebiet empfohlen, eine Eigenkompostierung organische Abfälle durchzuführen.

4. Anfallender Erdaushub
Der anfallende Erdaushub soll nach Möglichkeit auf dem Baugrundstück verbleiben. Der Oberboden ist nach § 202 BauGB zu Beginn der Erdarbeiten zu sichern und nach Beendigung der Baumaßnahme auf dem Grundstück zur Herstellung von Vegetationsschichten wieder aufzutragen.
Der Vorsorgepflicht nach § 7 Bundesbodenschutzgesetz i.V. mit den §§ 9–12 Bundesbodenschutzverordnung ist Rechnung zu tragen.

5. Straßenbeleuchtung
Es wird empfohlen, geschlossene, gerichtete Leuchten vom Typ HSE/T (Natriumdampfhochdrucklampen) mit einer möglichst niedrigen Lichtpunkthöhe zu verwenden. Dies wirkt sich weniger störend auf nachtaktive Insekten aus und senkt den Energiebedarf.

6. Bauweise
Bei der Errichtung einer Doppelhaushälfte an der Grundstücksgrenze wird die Eintragung einer Anbaulast auf dem Nachbargrundstück erforderlich.

7. Hinweise zum Betrieb und zur Nutzung der Sportanlage außerhalb des Geltungsbereiches

Die Flutlichtanlage des nördlich liegenden Sportplatzes ist technisch so einzurichten, dass es zu keinen Blendeinwirkungen im Plangebiet kommen kann. die Richtwerte der Licht–Richtlinie des Länderausschusses für Immissionsschutz LAI sind zu beachten.
Die Nutzung des Bolzplatzes ist werktags von 10:00 Uhr bis 20:00 Uhr und an Sonn– und Feiertagen von 10:00 Uhr – 13:00 Uhr und 15:00 Uhr – 20:00 Uhr zulässig.
Der abendliche Trainingsbetrieb auf dem, neben dem Hauptspielfeld gelegenen Rasenplatz/Bolzplatz, ist auf 21:00 Uhr zu beschränken und von der Gemeinde zu überwachen.

8. Energieeinsparung und Beheizung
Um unnötige Wärmeverluste an den Gebäuden zu vermeiden, wird eine kompakte Bauweise mit Passivhausstandards empfohlen.
Es wird empfohlen, die Häuser in Niedrigenergiebauweise zu errichten und zwar nach den Bestimmungen der „Gütegemeinschaft Niedrig–Energie–Häuser e.V." (RAL–GZ 965).

Der spezifische Transmissionswärmeverlust liegt bei einem KfW–60–Haus immer mindestens 30 % unter dem in der Energieeinsparverordnung (EnEV) angegebenen Höchstwert. Bei einem KfW–40–Haus immer mindestens 45 % unter dem in der Energieeinsparverordnung (EnEV) angegebenen Höchstwert.
Als Heizanlagen sollten Pellet–Heizungen (alternativ auch Scheitholzfeuerung) in Kombination mit einer solarthermischen Anlage installiert werden. Die Firstrichtung sollte so gewählt werden, dass eine Dachfläche zwischen SSW und SSO ausgerichtet ist.

Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3316), geändert durch Artikel 4 des Gesetzess vom 24. Dezember 2008 (BGBl. I S. 3018), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585).

Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung – BauNVO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132) zuletzt geändert durch Art. 3 des Investitionserleichterungs– und Wohnbaulandgesetzes vom 22. April 1993 (BGBl. I S. 466).

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhaltes (Planzeichenverordnung 1990 – PlanzV 90) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58).

Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) in der Fassung vom 29. Juli 2009 (BGBL. I S. 2542 m. W. v. 01. März 2010).

Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vom 12. Februar 1999 i. d. F. vom 24. Februar (BGBl. I S. 94 m. w. v. 01. März 2010).

Hessische Bauordnung (HBO) i. d. F. vom 18. Juni 2002 (GVBl. I S. 274), geändert durch Gesetz vom 20. Juni 2005 (GVBl. I S. 434), geändert durch Gesetz 28. September 2005 (GVBL, Nr. 23, S. 662), geändert durch Gesetz vom 06. September 2007 (GVBl. I S. 548),geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2009 (GVBl. I S. 631, 632), zuletzt geändert durch Gesetz vom 15. Dezember 2009 (GVBl. I S. 716, 721).

Hessisches Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Hessisches Naturschutzgesetz – HENatG) i. d. F. von Art. 1 des Gesetzes zur Reform des Naturschutzrechts, zur Änderung des Hess. Forstgesetzes und anderer Rechtsvorschriften vom 4. Dezember 2006 (GVGl. Teil I S. 619), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 12. Dezember 2007 (GVBl. I S. 851, 854).

Hessische Gemeindeordnung (HGO) i. d. F. vom 1. April 2005, geändert durch Art. 2 Änderung vom 15. November 2007 (GVBL. I S. 757) Verkündungsstand 20. Februar 2009, in Kraft ab 29. November 2007 (GVBL I S. 142, GVBL II S. 331–1), zuletzt geändert am 24. März 2010 (GVBl I S. 119).

Hessisches Wassergesetz (HWG) vom 6. Mai 2005 (GVBl. I S. 305), geändert am 19. November 2007 (GVBl. I S. 792), zuletzt geändert 4. März 2010 (GVBi. I S. 85).

Gesetz zum Schutze der Kulturdenkmäler (Denkmalschutzgesetz – DSchG) vom 23. September 1974 (GVBl. I S. 450) i. d. F. vom 5. September 1986 (GVBl. I S. 262, 270), geändert durch Artikel 24 des Gesetzes vom 31. Oktober 2001 (GVBl. I S. 434), geändert durch Gesetz vom 06. September 2007 (GVBl. I S. 548), zuletzt geändert durch Gesetz vom 4. März 2010 (GVBl. I S. 72, 80).

Hessisches Nachbarrechtsgesetz (NachbG) vom 24. September 1962 (GVBl. I S. 417), zuletzt geändert am 25. September 1990 (GVBl. 1 S. 563), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. Dezember 2009 (GVBl. I S. 631).

Übersichtsplan ohne Maßstab

Verfahrensschritte:	Datum
1. a) Aufstellungsbeschluss [§ 2 (1) BauGB]	14.04.2009
b) Ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses [§2 (1) BauGB	06.04.2010
2. a) Bekanntmachung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit [§ 3 (1) i.V.m. § 4a BauGB]	10.04.2010
b) Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit [§ 3 (1) BauGB]	12.04.2010 bis 10.05.2010
3. Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange [§ 4 (1) i.V.m. § 4a BauGB] und Abstimmung mit benachbarten Gemeinden [§ 2 (2) BauGB]	12.04.2010 bis 10.05.2010
b) Beschluss über die eingegangenen Anregungen	02.09.2010
4. a) Ortsübliche Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung [§ 3 (2) BauGB]	09.06.2010
b) Übermittlung des Auslegungsbeschlusses an die Träger öffent–licher Belange [§ 3 (2) BauGB]	28.06.2010
c) Öffentliche Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes [§ 3 (2) BauGB]	05.07.2010 bis 06.08.2010
d) Abwägungsbeschluss zu den vorgebrachten Anregungen [§ 3 (2) BauGB]	02.09.2010
5. Mitteilung über das Ergebnis der Prüfung von vorgebrachten An–regungen gem. [§ 3 (2) BauGB]	06.09.2010
6. Satzungsbeschluss gem. [§ 10 (1) BauGB]	02.09.2010

Ausgefertigt:

Hünstetten, den — A. Petri –Bürgermeister–

7. Orstübliche Bekanntmachung des Bebauungsplanes und Inkrafttreten [§ 10 (3) BauGB]
Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Gemeindevertretung wurde am .... ortsüblich öffentlich bekanntgemacht.
Der Vorstand der Gemeinde Hünstetten

Hünstetten, den — A. Petri –Bürgermeister–

SLE-CONSULT
Dipl.-Ing. Egon Köhler
Stadtplanung
Landschaftsplanung
Erschliessung
Rudolf-Dietz Strasse 13, 65520 Bad Camberg,
Tel.: 06434-900400, Fax.: 06434-900403, E-Mail: mail@sle-consult.de

Planungsträger:
Gemeinde Hünstetten
Im Lagersboden 5
65510 Hünstetten

Projektbezeichnung:
Bebauungsplan für den Bereich
"Diehlenhof/In der Habichtshöll" Abschnitt I
Ortsteil Görsroth

Planbezeichnung: Bebauungsplan		Planungsstand: Rechtsplan	
Planungsträger:		Planung:	
Maßstab: 1:1000	Plan-Nr.: 1	Erstellungsdatum: Mai 2010	Plottdatum: 08.09.2010
Bearbeitung: G.S., H.K.		Zeichner: M.W.	

CAD-File: M:\Bauleitplanung\Hünstetten\Görsroth\Diehlenhof In der Habichtshöll\Entwicklungsgebiet 1\Rechtsplan\B-Plan.dwg